Bruchköbel (how). Wer als Bürger von Bruchköbel am Dienstag der Stadtverordnetensitzung beiwohnte, der konnte angesichts der Ergebnisse des Abends eigentlich nur schlechte Laune bekommen: Das Wohnen in der Stadt wird durch eine deutliche Anhebung der Grundsteuer B wieder einmal teurer. Für die Kinderbetreuung müssen die Eltern ab September in einigen Bereichen mitunter doppelt so viel Geld bezahlen wie bisher. Und zur Mitte des Jahres steht die Stadt auch weiterhin ohne einen Haushalt für 2015 da.

Die CDU hatte zugleich am Anfang der Sitzung den Antrag gestellt, den Haushalt nicht zur Abstimmung zu bringen, sondern noch weiter in den Fraktionen zu beraten. FDP und Grüne schlossen sich dem an und überstimmten damit die wieder einmal nur dezimiert angetretene SPD und den Bruchköbeler Bürgerbund (BBB), die beide dagegen votierten. Die Sitzung war somit bereits nach gut einer Stunde beendet, weil das Mammutprogramm von ursprünglich 38 Tagesordnungspunkten durch die Streichung aller haushaltsrelevanten Themen auf nur noch sieben reduziert wurde. Ausgenommen davon wurden die Grundsteuererhöhung, weil diese laut Auflagen der Kommunalaufsicht bis Ende dieses Monats verabschiedet werden muss, sowie die Erhöhung der Kita-Gebühren, auf die sich die Fraktionen bereits vor einigen Wochen einstimmig geeinigt hatten.

Der Grund für die Vertagung der Haushaltsabstimmung war offenbar die Angst, dass es wieder einmal nicht für eine Mehrheit für den Haushalt in seiner Gesamtheit reichen würde. Das Werk hätte dann ein weiteres Mal neu eingebracht werden müssen. Die Haushaltsverabschiedung wäre um weitere Monate verzögert worden. Dies wollten die Fraktionen vermeiden.

Ein erstes Mal hatten die Parlamentarier das Zahlenwerk bereits im Dezember des vergangenen Jahres ungesehen durchfallen lassen. Danach war in vielen interfraktionellen Runden sowie in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses über den Haushalt debattiert worden – sichtlich ohne ein konsenstaugliches Ergebnis.

Gestern wurde nach Schuldigen gesucht. FDP und Grüne nahmen Bürgermeister Günter Maibach in die Pflicht. FDP-Chefin Sylvia Braun warf dem Verwaltungschef und der CDU Untätigkeit vor. „Das war ein mehr als beschämender Abend für uns alle! Der Bürgermeister und seine CDU haben es seit April nicht geschafft, eine Mehrheit zu finden", postete sie in Facebook. Uwe Ringel von den Grünen stieß ins selbe Horn: „Es war nicht an uns, Mehrheiten für einen Haushalt zu suchen, die Aufgabe liegt bei denen, die entweder die Mehrheitsfraktion sind oder die Koalitionen für Mehrheiten bilden", meinte er in Richtung CDU.

Der Bruchköbeler Bürgerbund kritisierte vor allem, dass man an der Abstimmung über eine Erhöhung der Grundsteuer B von 380 auf 431 Punkte festhielt. Die Grundsteuer sei Bestandteil der Haushaltsdebatte und könne nicht losgelöst betrachtet werden, meinte Fraktionschef Alexander Rabold. Mit der Erhöhung der Grundsteuer, es ist die vierte in wenigen Jahren, nähme man den Druck aus den Beratungen.

Genau wie die SPD plädierte der BBB gegen die Erhöhung der Steuer, die Hausbesitzer wie Mieter trifft. Notfalls, so Rabold wie auch SPD-Sprecher Peter Ließmann, wolle man dies auch mit dem Land und dem Kreis juristisch ausfechten. Darauf hatten die anderen Fraktionen jedoch wenig Lust. Dies würde den Bürger nur teuer zu stehen kommen und am Ende nichts bringen, lautete der Tenor von FDP und CDU. Die Grünen befanden darüber hinaus, die Erhöhung der Grundsteuer sei immerhin gerecht, weil davon alle betroffen seien. Andreas Schafranke rechnete dann auch gleich am Beispiel seines Zweifamilienhauses vor, wie sich die Erhöhung auf den Geldbeutel des Bürgers auswirken werde. Habe er monatlich bisher 32 Euro abdrücken müssen, seien nun (rückwirkend von Januar an) 38 Euro fällig. „Damit geht es mir doch wesentlich besser, als den Eltern die eine deftige Erhöhung der Kitagebühren hinnehmen müssen", sagte er. Dem hinzuzufügen ist jedoch, dass die Eltern von der Erhöhung der Grundsteuer ebenfalls betroffen sind. Die Stadt werde insgesamt immer unattraktiver, für Eltern mit kleinen Kindern aber ganz besonders, befürchtete BBB-Chef Rabold.

Für den erneuten Versuch, eine Einigung in Sachen Haushalt zu finden, haben die Parlamentarier jetzt sechs Wochen Zeit. Die letzte Sitzung vor der Sommerpause findet am 27. Juli statt.

Die Angst vor dem Nein

Bruchköbel steht immer noch ohne Haushalt da – Wohnen in der Stadt wird teurer, die Kitas auch

Die Stadtidylle täuscht: In Bruchköbel stehen die Zeichen weiter auf Sturm. Eine Einigung in Sachen Haushalt ist nicht in Sicht. Foto: Weber